

259/J

A n f r a g e

der Abg. O l a h, P r o k s c h, H o r r, R o i t h n e r und Genossen  
an die Bundesregierung,  
betreffend die Wirtschaftsentwicklung.

-.-.-

Anlässlich der Einbringung und der Beratung des Bundesvoranschlages für 1955 haben verschiedene Mitglieder der Bundesregierung und zahlreiche Abgeordnete der beiden Regierungsparteien ihre Befriedigung darüber geäußert, daß sich die wirtschaftliche Lage Österreichs fühlbar gebessert habe und daß auch das Realeinkommen der großen Masse der arbeitenden Menschen, wenn auch nur langsam, steige.

Der im Bundesvoranschlag für 1955 enthaltene Plan für die öffentliche Wirtschaft wurde daher auch von den Abgeordneten der Regierungsparteien gebilligt. Wenige Wochen nach Verabschiedung des Budgets zeigen sich erste Gefahren für die wirtschaftliche Entwicklung, insbesondere für die Sicherung der Arbeitsplätze und für die Aufrechterhaltung stabiler Preise. Den gefertigten Abgeordneten, aber zweifellos auch den meisten anderen Abgeordneten der Volksvertretung kommen in letzter Zeit aus weiten Kreisen der Bevölkerung immer häufiger gerechtfertigte Proteste gegen die besorgniserregende Entwicklung der Wirtschaft auf dem Holzsektor zu.

Die Verarbeiter von Holz haben, nachdem sie seit Monaten vor den Folgen dieser Entwicklung gewarnt haben, nunmehr in einigen Wirtschaftszweigen beträchtliche Preiserhöhungen vorgenommen und für weitere Wirtschaftszweige, die auf Holz als Hauptrohstoff angewiesen sind, angekündigt. Die Möbelpreise, die Preise für Pappe und Verpackungsmaterial wurden erhöht, weitere Preiserhöhungen für Papier, auch Rotationspapier, angekündigt. Andere Verarbeiter von Holz sehen sich vor unmittelbar bevorstehenden Einschränkungen ihres Betriebes, die notwenigerweise zur Entlassung von Beschäftigten führen müssen.

Die für diese Materie zuerst zuständigen Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft und für Handel und Wiederaufbau haben bisher keinen wirkungsvollen Beitrag zur Abwehr der bereits eingetretenen und noch bevorstehenden wirtschaftlichen Schäden geleistet. Der Herr Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft hat sogar die unter der Bevölkerung bestehende Unruhe über die Preisentwicklung von Holz und aller Holzfabrikate noch da-

durch gesteigert, daß er für die nächste Zeit eine Erhöhung des Milchpreises für die Konsumenten ankündigte.

Die gefertigten Abgeordneten wissen zwar, daß in der Vergangenheit mit Vorliebe und nahezu ausschließlich außerparlamentarische Stellen zur Beratung solcher Fragen von einzelnen Mitgliedern der Bundesregierung herangezogen wurden. Die gegenwärtige Entwicklung birgt aber bereits solche Gefahren in sich, daß Maßnahmen der Gesetzgebung unbedingt geboten erscheinen. Die Abgeordneten des Nationalrates, vornehmlich soweit sie den Regierungsparteien angehören, haben sich niemals gescheut, auch für ernste Maßnahmen die Verantwortung zu übernehmen.

Die gefertigten Abgeordneten und ihre sozialistischen Freunde verlangen jedoch, daß man entsprechende Maßnahmen rechtzeitig trifft, bevor noch ein größerer Schaden eintritt. Die Verantwortung für Unterlassungen muß ausschließlich von denen getragen werden, die sich nicht rechtzeitig zu konkreten Maßnahmen entschließen können, obwohl sie nach ihrem Amt dazu verpflichtet wären.

Die gefertigten Abgeordneten richten daher an die Bundesregierung die nachstehende

#### A n f r a g e

Ist die Bundesregierung bereit, dem Nationalrat einen Bericht über die von ihr geplanten Maßnahmen zur Abwehr von Preissteigerungen zu übermitteln?

.....